

II- 1555 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 8411

1976-11-29

Anfrage

der Abgeordneten STEINBAUER  
und Genossen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend Änderung der Presseförderung

In der "Kleinen Zeitung" vom 24.11.1976 wurde auf Seite 2  
unter dem Titel "Zeitungsmittelbesitz: Staat soll zahlen"  
ein Artikel veröffentlicht, in dem es heißt:

"Einen Plan zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse  
im Pressewesen hat der Obmann der Journalistengewerkschaft,  
Günther Nenning, Bundeskanzler Bruno Kreisky vorgelegt:  
Er läuft darauf hinaus, den Journalisten mit staatlichen  
Mitteln Miteigentum an ihren Blättern zu kaufen, wobei vom  
bisherigen Prinzip abgegangen würde, an die Förderung keiner-  
lei Bedingungen zu knüpfen.

Nenning gab gestern dem Gewerkschaftsvorstand einen ver-  
traulichen Bericht. Danach habe er dem Kanzler vorgeschlagen:  
Falls der Staat über die derzeitige Presseförderung hinaus  
weitere Mittel zur Verfügung stellen könnte, sollte man  
diese Beträge jenen Zeitungen geben, deren Redakteure Mit-  
bestimmungsrechte hätten. Dort könnte man die Subventionen  
zu einer Aufstockung des Kapitals des Verlagsunternehmens  
verwenden und die aus diesem 'Sozialkapital' erwachsenden  
Eigentümerrechte den Journalisten übertragen.

Dem Regierungschef, berichtete Nenning, habe dieser Vor-  
schlag gefallen. Es werde nun zu weiteren Gesprächen auf  
Expertenebene kommen."

Im Hinblick auf diese sehr aufklärungsbedürftigen Vorgänge  
richten die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundes-  
kanzler folgende

- 2 -

**A n f r a g e :**

- 1) Trifft es zu, daß der Obmann der Journalistengewerkschaft, DDr.Nenning, Ihnen die in der "Kleinen Zeitung" dargestellten Vorschläge unterbreitet hat und daß Sie diese Vorschläge gutheißen ?
- 2) Trifft es zu, daß es zu weiteren Gesprächen auf Expertenebene in dieser Angelegenheit kommen soll ?
- 3) Planen Sie, die Presseförderung an gewisse Bedingungen zu knüpfen ?